

Schwarz und Grün lernen gemeinsam

Die Koalition in Hessen ist der Beleg dafür, dass eine Lebensabschnittspartnerschaft ebenso erfüllend sein kann wie eine Traumehe. Das Bündnis ist so stabil, dass sich die Partner hier und da sogar öffentlich voneinander distanzieren können. Von Ralf Euler

WIESBADEN. In der Präambel ihres Koalitionsvertrags bezeichnen CDU und Grüne ihr Bündnis in Hessen als „ungewöhnliche Koalition“. Eineinhalb Jahre später ist die politische Farbzusammenstellung von Schwarz und Grün für viele noch immer gewöhnungsbedürftig. Das gilt insbesondere für SPD und FDP im Landtag, die das professionelle, oft geradezu elegante Zusammen- und Wechselspiel ihrer erklärten „Traumpartner“ verblüfft und die es mit einem gehörigen Maß an Missgunst verfolgen.

Kein Zweifel, Schwarz-Grün funktioniert. Mehr noch, Schwarz-Grün wirkt. Die in der Präambel des Koalitionsvertrags von beiden Protagonisten geäußerte Hoffnung, dass man auf der Grundlage von Kompromissbereitschaft und geprägt von wechselseitigem Respekt vor unterschiedlichen Sichtweisen „neue Akzente“ in der Landespolitik setzen könne, hat sich bisher erfüllt. Union und Grüne inspirieren sich gegenseitig, ohne dabei ihre Identität aufzugeben. Den Grünen ist es, mit dem wohlwollenden Einverständnis der Union, gelungen, der Koalition im ersten Jahr – Stichworte: Energiewende, Öko-Landbau, Bildungspolitik, Sozialbudget – ihren Stempel aufzudrücken. Die CDU wiederum hielt Kurs bei den Themen Schuldenbremse, Haushaltssanierung, Flughafenausbau und innere Sicherheit. An anderen Stellen, wie beim Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, gab es ohnehin von Beginn an weitreichende Übereinstimmung.

Unter der Führung des Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Volker Bouffier und seines Stellvertreters, Wirtschafts-, Verkehrs- und Energieminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen), haben sich die Koalitionäre in Wiesbaden bisher keine Blöße gegeben. Nach außen hin bietet Schwarz-Grün ein geschlossenes Bild, gestritten wird hinter verschlossenen Türen. Hessen erlebt keine politische Traumehe, aber das gelungene Beispiel einer Lebensabschnittspartnerschaft. Gemeinsames Lernen – in der Schulpolitik für die CDU noch eine problematische Zielvorgabe – ist zu einem Merkmal der Koalition geworden.

Nach einer Phase des Sich-Zusammenraufens sind die beiden ungewöhnlichen Verbündeten inzwischen sogar souverän genug, hier und da öffentlich auf Distanz zueinander zu gehen. Vor allem bei auf Bundesebene zu beantwortenden Fragen wie der Homo-Ehe, dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und der Vorratsdatenspeicherung werden die weiterhin fundamentalen Unterschiede zwischen CDU und Grünen deutlich. In den beiden Untersuchungsausschüssen zur

rechtswidrigen Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis und zu den Hintergründen des Kasseler NSU-Mordes agieren die Grünen nicht mehr wie in den ersten Monaten als weitgehend kritiklose Verteidiger ihres Bündnispartners. Koalitionstreue ja, aber in den Stellungnahmen am Ende jeder Sitzung wird dennoch klar, dass die Grünen sich nicht für Fehler in Haftung nehmen lassen, die die CDU in den vergangenen 16 Jahren als Regierungspartei begangen hat.

Inhaltlich wächst manches zusammen, derzeit erkennbar beim Thema Frauenförderung. Vor 20 Jahren zog die CDU vor den Staatsgerichtshof, um gegen das erste hessische Gleichberechtigungsgesetz zu klagen – und scheiterte. Am Dienstag stellte die CDU-Frauenpolitikerin Claudia Ravensburg gemeinsam mit der Grünen-Abgeordneten Sigrid Erfurth den Entwurf für ein neues Gleichberechtigungsgesetz vor, das Anfang nächsten Jahres in Kraft treten, mehr Frauen in Führungspositionen der Verwaltung bringen und den Frauenbeauftragten mehr Rechte geben soll. Beide Koalitionspolitikerinnen wirkten rundum zufrieden, schwärmten von einem gelungenen Kompromiss, mit dem ein weiteres Versprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst werde und bei dem es keine Verlierer gebe.

Ein potentieller Unruheherd für die Regierung Bouffier/Al-Wazir bleibt die Energiewende. Bis zum Jahr 2050 sollen die Strom- und Wärmeproduktion vollständig auf erneuerbare Energie umgestellt und zwei Prozent der Landesfläche mit Windrädern bebaut sein. So hat es ein von Bouffier im Jahr 2011 einberufener Energiegipfel mit Zustimmung von CDU, SPD, Grünen und FDP beschlossen. Proteste von Windkraftgegnern und Bürgerentscheide machen der schwarz-grünen Koalition indes das Leben schwer. Der ein oder andere CDU-Landtagsabgeordnete geht an der Basis auf Distanz zum im Koalitionsvertrag vereinbarten Konsens, wonach die Energiewende und der Klimaschutz „zentrale Vorhaben“ des Regierungsbündnisses seien und die Nutzung von Windenergie in Hessen „deutlich“ verstärkt werden müsse.

Die FDP hat sich vom Energiegipfelkonsens schon verabschiedet, weil sie die dort mit ihrer Zustimmung gefassten Beschlüsse inzwischen für „volkswirtschaftlichen Irrsinn“ hält. Manch einer in der CDU-Landtagsfraktion teilt diese Auffassung insgeheim, aber auch beim Klimaschutz soll das gelten, was in der Präambel des Koalitionsvertrags ganz am Anfang als gemeinsames schwarz-grünes Ziel vereinbart ist: „Verlässlich gestalten“.